

## Wilson.

„Von der Parteien Gunst und Haß getragen, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“

Dieses Schillerwort auf Wallenstein können wir auch Wilson gegenüber heute anwenden, allerdings mit der Einschränkung, daß nach dem Friedenskongreß der unparteiische Beurteiler unzweifelhaft erkennen wird, ob Wilson bei seinem Auftreten in diesem Kriege ehrliche Absichten gehabt hat oder ob er als der größte aller Mackdwallis, (zu deutsch: Staatsmänner, denen jedes Mittel zur Erreichung ihres Ziels recht ist) von der Geschichte gekennzeichnet werden wird. Selbst bei uns in Deutschland besteht kein einheitliches Urteil über Wilson. Die einen halten ihn für einen ehrlichen Völkerrechtsfreund, die andern für einen ausgemachten Schuft. Wir möchten unser Urteil dahin abgeben, daß wir ihn für einen ausgesprochenen Typus des Angelfachsentums halten, das sich dadurch charakterisiert, daß es seine Interessen mit den Interessen der Welt, der Menschlichkeit gleichsetzt. Man hätte eigentlich keinen Anlaß, Wilson als objektiven Staatsmann zu betrachten, wenn man das Verhalten Amerikas während seiner sog. Neutralität verfolgt, und wir müssen es gestehen, die Auffassung in den „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß Wilson Ende 1916 ein großes Friedensmanifest erlassen wollte, und nur durch das Zuorkommen des ehrgeizigen Kaisers daran verhindert wurde, hindert uns noch lange nicht, zu vermuten, daß auch ein etwaiger Schritt nach dieser Richtung wahrscheinlich lediglich im Interesse der Alliierten erfolgt wäre, denn zweifellos war Amerika über die Stimmung in Rußland zu jener Zeit wohl unterrichtet, einen Sonderfrieden zu schließen, und die russisch-japanischen Beziehungen waren natürlich Herrn Wilson ebenfalls nicht verborgen geblieben. Der englische Freund stand also trotz aller Versicherungen der Entente gerade in jener Zeit in nicht allzu rosigem Verhältnissen und wenn es Wilson gelungen wäre, eine Konferenz zustande zu bringen, so wäre das nur zum Vorteil Englands gewesen, weil Wilson sich von vornherein die Schlagwörter der Entente von der Freiheit der Nationalitäten Europas zu eigen gemacht hatte, ohne auch nur je ein Wort über die Nationalitätenprobleme im Ententelager zu sagen. Der Wiederbeginn des verhängnisvollen U-Bootkrieges verhinderte dann leider die Festlegung zu dem, zu welchem Grad von Friedensliebe und Unparteilichkeit Wilson fähig gewesen wäre.

Mit der Kriegserklärung Amerikas zeigte sich dann auch sofort der unbedingte Vernichtungswille Wilsons, den er aber mit den Schlagworten zu verbrämen versuchte, daß das amerikanische Volk für den Sieg der Menschlichkeit und Gerechtigkeit kämpfe. Es hatte wohl auch deshalb nur die gewaltigen Massen an Kriegsmaterial an die Entente vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg geliefert? Nun ist also Wilsons Ziel, die Niederwerfung des deutschen „Militarismus“ und der deutschen Autokratie, erreicht. Wird er nun dafür eintreten, daß Europa den von ihm versprochenen Versöhnungsfrieden erhält? Bei seinem Abschied vom Kongreß versprach er den Volksvertretern, daß er ohne selbstliche Absichten zum Abschluß des Friedens beitragen werde, der dem gemeinsamen Wohle aller beteiligten Völker dienen sollte. Das beste was in ihm sei, werde er daran geben. Es sei die internationale Gerechtigkeit, die Amerika suche, nicht die häusliche Sicherheit. Daß aber trotzdem nicht alles ohne Militarismus abgeht, das sehen wir recht klar an dem Appell Wilsons an die Volksvertretung, sie möchte das Flottenprogramm für die nächsten 3 Jahre annehmen, weil es unklug sein würde, zu versuchen, das Programm einer noch unbestimmten zukünftigen Weltpolitik anzupassen. Also Herr Wilson glaubt selbst nicht an seine Grundsätze. Was man aber mit der großen Flotte will, das hat der amerikanische Marinesekretär deutlich gesagt: Die englisch-amerikanische Flotte solle die Seepolizei des künftigen „Völkerbundes“ darstellen, also jeden Wirtschaftsverkehr kontrollieren. Das bedeutet nichts anderes

als militärische und wirtschaftliche Oberherrschaft der Angelfachsen, unter Verwendung der Romanen als Polizeitruppen für Europa. So sieht das Wilsonsche Programm bis heute aus.

## Wie die Angelfachsen den „Völkerbund“ auffassen.

St. Gallen, 3. Dez. Das „St. Galler Tageblatt“ meldet aus Washington: In der Marinekommission des Repräsentantenhauses wurde der Marineminister Daniels gefragt, warum er die Seemacht der Union noch weiter vermehre, obwohl der Krieg beendet sei. Daniels erwiderte, Amerika müsse eine Seemacht besitzen, die seiner Bedeutung angemessen und der Seemacht der größten Nation ebenbürtig sei. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden die Hauptmächte des künftigen Völkerbundes sein und ihren Marinen werden die Aufgabe zufallen, die Meerespolizei auszuüben und den Frieden aufrecht zu erhalten.

## Zur Feststellung der Schadenersatzansprüche durch den U-Bootkrieg.

Washington, 2. Dez. Lansing hat den amerikanischen Staatsangehörigen empfohlen, der Regierung binnen 30 Tagen mitzuteilen, welche Verluste sie durch den U-Bootkrieg an Ladungen oder persönlichen Gütern, die nicht oder nur teilweise versichert waren, erlitten haben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um amerikanische oder ausländische Schiffe handelte.

## Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

### Deutscher Protest gegen die Verletzungen der Waffenstillstandsbedingungen seitens der Entente.

Berlin, 3. Dez. Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung sind den Vertretern der Entente in Bern folgende Proteste zugegangen. 1. Den der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten zufolge sind vor einigen Tagen farbige französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrag festgesetzten Termin eingetroffen waren. Es sollen aber auch heute noch an der Südgrenze der Pfalz zum Einmarsch bereit farbige Truppen stehen. Schon in den wenigen Tagen ihres Aufenthalts in der Pfalz haben sich die schwarzen französischen Truppen Notzuchtverbrechen und andere Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen. Die deutsche Regierung muß sich aufs schärfste dagegen verhalten, daß der Bevölkerung eines von der Entente zu besetzenden deutschen Gebietes eine farbige Besatzung zugemutet wird. Sie hat das Recht, zu fordern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, der nach der ihr feierlichst erteilten Versicherung einen Frieden des Rechts herbeiführen und den Bund der Völker einleiten soll, in einem Geiste gehandhabt wird, der diesem großen Ziele und den allgemeinen Empfindungen der Menschlichkeit nicht entspricht. Die Ueberführung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Hohn auf die Gefühle der Gemeinschaft der weißen Rasse. Ein Gefühl, das auch die Gegner verbinden sollte, zumal da sie nach ihren Erklärungen nach Beendigung des Krieges in einen Völkerbund zusammenzutreten gewillt sind. 2. Marschall Foch hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa telegraphisch angezeigt, daß die Grenze Elsaß-Lothringens gegen Baden, die Pfalz und Luxemburg bis auf weiteres, voraussichtlich für etwa 10 Tage, gesperrt wird. Dabei wird das Gebiet von Saarbrücken und Saarlouis in die elsass-lothringischen Grenzen einbezogen. Den deutschen Delegierten ist vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes bestimmt erklärt worden, daß der Wortlaut des Vertrages strengstens eingehalten und über seinen Inhalt in keinem Punkte hinausgegangen werden soll. Besonders bedingt Artikel 5 keine Änderung in der bestehenden Verwaltungsorganisation. Unter diesen Umständen sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, gegen die Anordnung des Marschalls Foch stärkste Verwahrung einzulegen.

## Keine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See.

Berlin, 3. Dez. Ueber die nachgesuchte Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See ist eine Antwort von Admiral Beatty eingegangen. Eine Milderung der Bedingungen betreffend Handelschiffahrt und Fischerei in der Ostsee tritt vorläufig nicht ein.

## Die Besetzungskosten für die Ententetruppen.

Berlin, 3. Dez. Der „Vorwärts“ meldet: General Ruff hat der deutschen Kommission eine Note überreicht, in der für die englischen Besetzungstruppen für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die amerikanischen 41 Millionen. Die erste Rate von 10 Millionen ist am 5. Dezember in Düren, weitere 30 Millionen sind am 12. Dezember in Köln abzuliefern. Forderungen über weitere Kosten der Besatzung werden noch bekannt gegeben.

## Die Franzosen an die Bayern.

Bern, 2. Dez. Der „Matin“ schreibt zu den Vorgängen in Bayern: Die Alliierten haben ein Interesse an einer Begünstigung Bayerns nur dann, wenn sie unbedingte Bürgschaften dafür besitzen, daß eine engere Einigung zwischen den norddeutschen und süddeutschen Staaten einschließlich Deutsch-Oesterreichs auch nach dem Frieden ausgeschlossen sei. Wir gestehen, nicht erkennen zu können, wie eine solche Entscheidung geartet sein konnte. — Also, damit Frankreich uns beherrschen kann, sollen sich die deutschen Stämme nicht mehr zusammenschließen. Wenn man das von den Franzosen verlangen würde? Setzt wissen die Bayern, um welchen Preis sie Verrat am deutschen Volke begehen können?

## Zur Lage in Elsaß-Lothringen.

Man schreibt dem „Schwäb. Merkur“: Zu Anfang einer der letzten Sitzungen des Straßburger Soldatenrates wurde ein Telegramm der Reichsregierung verlesen, laut dem die Besetzung durch Frankreich das Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens nicht beeinträchtige. Elsaß-Lothringen werde nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker über sein Schicksal zu bestimmen haben. So unsere Reichsregierung. Die französische Regierung scheint diesen Standpunkt nicht zu teilen. Auf der vor der Straßburger Statue in Paris am 17. veranstalteten Kundgebung erklärte Präsident Poincaré, daß nach den Gefühlen des französischen Volkes und der Elsaß-Lothringer selbst nur eine einfache Rückkehr der verlorenen Provinzen möglich, eine vorübergehende Befragung aber ausgeschlossen sei. Bei den Empfängen der Franzosen im Elsaß, die in diesen Tagen in den elsass-lothringischen Städten mit großem Gepränge vor sich gehen, erklärten sich Franzosen und Elsaß-Lothringer in ähnlichem Sinne. Derselbe Gedanke kommt in den Empfangsartikeln der meisten elsass-lothringischen Blätter zum Ausdruck. Tatsächlich ist anzunehmen, daß sich die Mehrheit des elsass-lothringischen Volkes und auch die elsass-lothringischen Vertreter der Friedenskonferenz auf den Standpunkt der Wilsonschen Punkte stellen werden. Die Elsaß-Lothringer wünschen wohl eine Angliederung an den französischen Staatsverband, aber sie wollen sich innerhalb desselben eine gewisse Selbständigkeit gewahrt wissen. Offenbar scheint man sich in kirchlichen Kreisen vor dem kirchlichen Anschluß an Frankreich doch zu fürchten. Die größte Anhängerenschaft eines selbständigen Elsaß-Lothringens findet sich aber in den sozialistischen Arbeiterkreisen. Mit ihrer starken Agitation für eine gewisse Selbständigkeit ist unter allen Umständen zu rechnen. Der französische Einheitsstaat wird sich jedenfalls mit aller Macht gegen den ihm zugeordneten Bundesstaat zur Wehr setzen, während die Ver. Staaten und England aus wirtschaftlichen Gründen (Kaltgebunden!) einer gewissen Selbständigkeit Elsaß-Lothringens eher das Wort reden dürften.

## England und der Kaiser.

London, 4. Dez. Wie Reuter erfährt, hat sich bei den Beratungen der Londoner Konferenz gezeigt, daß man einstimmig der Ansicht ist, daß von Holland die Auslieferung des Ex-Kaisers und des Ex-Kronprinzen wegen Verletzung des Völkerrechts während des Krieges verlangt werden soll. — Die Entente braucht ein sicht-



bare Zeichen der Demütigung Deutschlands, um ihre Schuld zu verbergen. Deshalb wollen die Engländer ein Schauspiel wie nach den Siegen über Frankreich, als man die Jungfrau von Orleans verbrannte, und Napoleon I. unter englischer Kontrolle aus Europa verbannte. Oh Europa, wie lange wirst du dich noch von den blutigsten Schergen der Weltgeschichte kalten Blutes zur Opferbank führen lassen?!

#### Die Armee Mackensen.

Berlin, 3. Dez. Das Auswärtige Amt teilt mit: Nach den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen in Spa über die Frage des Heimmarsches der Armee Mackensen durch Ungarn besteht die begründete Hoffnung, daß die Armee nicht interniert wird und daß sie ihren Heimmarsch fortsetzen kann.

#### Die englische Flotte an der russischen Ostküste.

Memel, 2. Dez. Das „Memeler Dampfboot“ meldet aus Vibau: Ein leichtes englisches Geschwader, bestehend aus vier geschützten Kreuzern, einem Minensuchboot und 6 Zerstörern, ist gestern hier eingelaufen und blieb im Außenhafen liegen. Bis nachmittags hatten die Engländer keine Verbindung mit dem Lande aufgenommen. Anscheinend sind Landungsstruppen an Bord, doch glaubt man, daß die Streitkräfte für den zur Bekämpfung der Bolschewiki von der Entente geplanten Feldzug bestimmt sind und daß das Geschwader demnächst wieder auslaufen und sich nordwärts wenden wird.

#### Die tschechoslowakischen Raubzüge in Oesterreich-Ungarn.

(W.B.) Wien, 2. Dez. Die Blätter melden aus Budapest: Gestern abend wurde der um 9 Uhr abends von Marchegg abgelassene Personenzug nach Neudorf zwischen Preßburg und Marchegg von Tschechen angehalten, die den Zug ausrauben wollten. Ein Gegenzug mit deutschen Soldaten der Armee Mackensen war gerade eingelaufen. Es kam zu einem Kampfe zwischen Deutschen und Tschechen, der drei Stunden dauerte. Schließlich wurden die Tschechen vertrieben. Später traf auch eine ungarische Verstärkung ein. Wie das Wiener „Achtuhrblatt“ erzählt, rückten heute nacht die tschechischen Truppen in Marchegg ein und besetzten den Ort. Kurz darauf stellte sich ihnen ein Bataillon der deutsch-österreichischen Volkswehr entgegen und vertrieb die Tschechen wieder.

(W.B.) Wien, 3. Dezbr. (R.-Bur.) Ein deutsch-österreichischer aus Südböhmen hier eingetroffener Offizier teilt der „Tagespost“ über seine Erlebnisse u. a. mit, daß er in dem tschechischen Industrieort Schüttenhofen Truppen in Ausschreitungen von Sokoln und organisierten tschechischen Militärs gegen Deutsche gewesen sei. Zahlreiche angesehene deutsche Bürger würden widerrechtlich festgehalten.

(W.B.) Wien, 3. Dezbr. Heute abend geht ein zweites Volkswehrrbataillon, das Schützenregiment Nr. 1, mit zahlreichen Maschinengewehren nach Zaim ab und wird dort zur Wahrung der Interessen Deutsch-Oesterreichs dem Unterbefehlshaber zur Verfügung stehen.

Budapest, 1. Dez. Das Pressebureau des Kriegsministeriums meldet: Die im Bagdad vordringenden tschechischen Truppen greifen Spitzort und Galgoc an und gelangten mit ihren Vorhutten bis Jelenice. Sie begannen aus der Gegend am Poesthen auch auf den nach Nyitra führenden Wegen vorzudringen, wurden aber von unseren Nationalgardien gesprengt. Angelangten Berichten zufolge begehen die tschechischen Truppen an einzelnen Orten Plünderungen und Räubereien. Die bei Nagyszombat stehenden tschechischen Kräfte haben neuerlich ihr Vordringen gegen Effer begonnen. Sie wurden aber von Preßburger Truppen mit Gewehr-, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer zurückgeschlagen. Eine im Marostal vordringende rumänische Kolonne erreichte Szagregan.

(W.B.) Wien, 1. Dez. Aus Pragaditz ist dem Staatsrat ein eingehender Bericht über die Besetzung der Stadt Pragaditz (Deutschböhmen) durch tschechisches Militär zugegangen. Bahn und Post sind besetzt, Telegraph und Telefon stehen unter Zensur. Alle Mitglieder des örtlichen Nationalrates wurden verhaftet und nach Prag übergeführt. Die Verhaftung erfolgte in rücksichtslosster Weise. Ein deutsch-österreichischer Offizier, der sich weigerte, die nationalen Abzeichen abzulegen, wurde von den tschechischen Soldaten tätlich angegriffen und verletzt. Die deutschen Straßentafeln wurden entfernt und über Pragaditz und Umgebung der Kriegszustand verhängt.

#### Das Judengemegel von den Polen bewußt durchgeführt.

Berlin, 2. Dez. Ueber die Lemberger Judenpogrome berichtet ein soeben zurückgekehrter Augenzeuge folgendes: Am 22. November d. J. nahmen die Polen Lemberg wieder ein. Legionäre und polnische Soldaten (Abzeichen: Adler und weißrote Schleife) wälzten sich in das jüdische Viertel, erbrachen zunächst die Schänken und zogen dann betrunken, raubend, brennend und mordend von Haus zu Haus. Nach vollzogener Plünderung steckten sie die Häuser an den Haustüren in Brand und jagten durch Schüsse die noch dem Tod durch Ermordung entgangenen Bewohner in die Häuser zurück, wo sie lebendig verbrannten. Leute, welche Frauen und Kinder aus brennenden Häusern retten wollten, wurden durch Schüsse am Rettungsversuch gehindert. In kurzer Zeit brannte fast

das ganze Judenviertel lichterloh. Drei Synagogen wurden zunächst geraubt, die Heiligthümer besüßelt und zerrissen, 11 in Brand gesetzt (hierunter eine 700 Jahre alte Synagoge) Weiber und Kinder wurden hingeschlachtet und lagen auf den Straßen. Die in den Zeitungen angegebene Zahl von 2000 Opfern dürfte noch gering gerechnet sein, weil die Judenstadt eng bewohnt ist, bis zum Tage meiner Abreise am 27. November noch viele Häuser brannten oder rauchten und Leichen ungeborgen in den Häusern lagen. Die Polen schieben diese Pogrome auf die von den Ukrainern frei gelassenen Sträflinge, welche sich polnische Uniformen angelegt hätten. Tatsächlich war aber stillschweigend 48 Stunden lang die Plünderung gestattet und aus Krakau gekommene Verstärkungen fragten zunächst auf dem Lemberger Bahnhof nach dem Weg zur Krakowski (Judenstadt) mit den Worten: Jetzt geht's auf die Juden.

### Bermischte Nachrichten.

#### Zur Schuldfrage.

Zur Schuldfrage an den Geschehnissen der letzten Jahre schreibt die „Täg. Chronik“: Ohne weiteres ist zuzugeben, daß das Berliner Trio Bethmann-Zagow-Zimmermann so unglaublich stumperhaft in jenen kritischen Tagen gearbeitet hat, daß es den falschen Schein auf sich laden mußte, als ob es den Krieg frivol vom Zaune gebrochen habe. Demgegenüber seien jedoch einige markante Tatsachen angeführt: Zehn Jahre lang hatte England ganz systematisch darauf hingezielt, Deutschland zu isolieren, um es entweder auf rein diplomatischem Wege aus den Entscheidungen der Weltpolitik auszuschalten oder es nötigenfalls militärisch niederzuringen. Zu diesem Zwecke wurde das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland unter leitender Mitwirkung Englands aufgebaut. Frankreich gab an Rußland eine Einleihe von 1 Milliarde mit der alleinigen Maßgabe, daß diese Summe für strategische Bahnbauten an den deutschen Grenzen verwendet werde. Und Rußland stellte die Gegenbedingung, daß Frankreich die dreijährige Dienstzeit einführe und die gerade bleibenden Jahrgänge nicht entlasse, also damit eine Art Teilmobilisation vornahm. Alles dies geschah und zwar bereits im Jahre 1913, als an irgendein Wiener Ultimatum nicht zu denken war. Im Februar 1914 erschien in der „Kölnischen Zeitung“ jener nachträglich von der Regierung verleugnete, aber wie jetzt feststeht, von unserem damaligen Militärattaché in Petersburg herührende Marmarikal, in dem auf die russischen Truppenverschiebungen aus Sibirien und anderen entlegenen Gebieten nach der deutschen Grenze warnend hingewiesen wurde. Nebenbei bemerkt: nach der fast völlig ungeschützten deutschen Grenze, da Kaiser Wilhelm den persönlichen Versicherungen seines „Freundes“ Nikolaus traute und einen Krieg mit Rußland für ausgeschlossen hielt. Wie richtig die tatsächlichen Angaben jenes Artikels waren und wie „erzbegeistert“ die sibirischen und anderen russischen Armeekorps längst vor Ostpreußen standen, als der Krieg ausbrach, das hat dann diese schwer heimgesuchte Provinz erfahren müssen.

#### Der französische Haß.

Paris, 1. Dez. (Havas.) Georges Lecomte, der Präsident der „Société des dents des lettrés“ erhielt vom Wiener Journalistenverein ein Telegramm, welches die Hoffnung aussprach, daß der Friedensschluß freundschaftliche Annäherung zwischen den Schriftstellern und Journalisten beider Länder herbeiführen würde, und daß die französische Gesellschaft bittet, ihren Einfluß bei der französischen Regierung geltend zu machen, damit der Wiener Vereinigung Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden, um ihre Existenz und die ihrer im ganzen aus 5000 Personen bestehenden Familien zu sichern. In seiner Antwort teilt Lecomte mit, daß die deutsch-österreichischen Schriftsteller, die heute das Mitgefühl der französischen Schriftsteller anflehen, nie ein Wort des Mitleides für die so grausam gequälte französische Bevölkerung, noch ein Wort der Entrüstung der Urheber der in Frankreich und Belgien verübten Verbrechen hatten. Er schließt mit den Worten: Wir werden unsern ganzen Einfluß bei unserer Regierung ausbieten, um sie zu den strengsten Vorkehrungsmaßnahmen anzuhalten, damit wir einen Frieden erhalten, der Euch hindert, uns zu schaden und uns alle Wiederherstellungen, Wiedergutmachungen und Sicherheiten gewährleistet, die unsere friedliche Arbeit benötigt. Was die Lebensmittel anbelangt, so werden wir uns erst mit Euch beschäftigen, wenn die mißhandelte Bevölkerung von Nordfrankreich, Belgien und Serbien nicht mehr entbehren und wenn die wie sahle Gespenster zu uns zurückkehrenden unglücklichen Gefangenen alle ihre Kräfte wieder erlangt haben; was die von Euch mit einem solchen Zynismus erwähnte Annäherung betrifft, so müßt Ihr diese Hoffnung aufgeben. — Wenn wird man bei uns endlich aufwachen, bei den Feinden um Entgegenkommen zu winkeln. Hat man noch nicht gemerkt, daß die Franzosen uns ob dieser Würdelosigkeit verachten. Und daß sie das Volk systematisch verhehen, indem sie behaupten, die Kriegsgefangenen seien bei uns halb verhungert und schlecht behandelt worden. Wenn solche Leute in den ersten Tagen nach der Revolution zerlumpt und hungrig in Frankreich ankamen, so waren es solche, die ihre Arbeitsstätten verlassen hatten, und nach Hause geschickt waren, ohne die Bestrafen richtig einschätzen zu können.

### Deutschland.

Der derzeitige Reichkanzler über die sozialistische Auffassung bezüglich der künftigen deutschen Volkswirtschaft.

(W.B.) Berlin, 1. Dez. Im großen Saale des „Rheingold“ fand heute mittag eine von der Berliner Sozialdemokratie-

Parteiorganisation veranstaltete, von ungefähr 2000 Personen besuchte Kundgebung für die Sozialdemokratie statt, in der Ebert u. a. folgendes ausführte: Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur, keine Knechtschaft über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Politische Freiheit ist Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung und des Rechts. Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen, ist Aufgabe der Nationalversammlung. Die junge deutsche Volksrepublik soll auf Recht und Vernunft aufgebaut sein. Für die Sozialdemokratie ist der Weg hierzu klar vorgezeichnet durch das Erfurter Programm der Partei, für dessen Grundzüge die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre lang gekämpft hat. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinanderzufallen droht, wieder fest zusammenfassen. Keine Macht der Welt ist stark genug, die auf der Einheit des deutschen Wirtschaftslebens beruhende politische Einheit der deutschen Stämme dauernd zu entzweien oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Für die Arbeiterschaft wäre nichts verhängnisvoller als ein Rückfall in mittelalterliche Kleinstaaterei mit ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Krähwinkelerei. Nicht Separatismus, sondern eine einheitliche Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Hier liegt die grundlegende Aufgabe der Nationalversammlung, von der wir einen endgültigen Frieden erwarten. Nur zähe, leidenschaftliche Hingabe und eiserne Energie können das Zerstörte wieder aufbauen. Ueberzeugung und Notwendigkeit gebieten uns, das im weitesten Sinne zu tun. In grundsätzlich sozialistischem Geist wollen wir Gebiete des Wirtschaftslebens vergesellschaftlichen, die dazu reif sind. Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erhöhen. Nur da, wo die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volk weniger Arbeitslast auferlegt und neue Methoden des Verbrauchs eröffnet, ist der Sozialismus am Platze und kann sich behaupten. Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben könnten nur zum Schaden der Arbeiter und zur Diskreditierung des Sozialismus ausfallen. Der Kapitalprofi wird scharf erfaßt werden. Möglichst völlige Beseitigung des arbeitslosen Einkommens muß erstrebt werden. Die Kriegsgewinne müssen restlos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und das Erbrecht der Republik geschaffen werden. Soll die Revolution und ihr Sieg gesichert werden, dann muß jede politische Parteilichkeit aufs entschiedenste bekämpft werden. Freiheit in Wort und Schrift, gleiches Recht für alle, das sind die bleibenden Grundlagen. Beseitigung jeder Unterdrückung und Ausbeutung bleibt unverrückbar unser Ziel. Was uns für die Zukunft vor Augen steht, ist ein freies, gesundes und frohes Volk, das keine Schmarotzer, kein Elend mehr kennt. Wer dasselbe will, kämpfe mit uns gegen die Gewaltpolitik, von woher sie auch komme, für Freiheit, Demokratie und Sozialismus, für volle Befreiung des ganzen Menschengeschlechts.

#### Protest des Reichspräsidenten gegen die gesekwidrige Ausschaltung des Reichstags.

(W.B.) Freiburg, 2. Dez. Der Reichspräsident Fehrenbach erhielt vom Reichstagsbureau heute folgendes Telegramm: Von der Reichsregierung ist mir folgendes Schreiben zugegangen: Die Reichsregierung hat verfügt, Sie zu beauftragen, am 1. 12. 1918 an die Herren Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszusahlen, welche im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten. Zugleich beauftragen wir Sie, die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu wollen. Ebert. Haase.

Darauf hat der Reichspräsident an die Reichsleitung und das Reichstagsbureau folgendes Telegramm gefandt: An die Reichsleitung Berlin: Laut telegraphischer Mitteilung haben Sie das Reichstagsbureau angewiesen, am 1. 12. 1918 an die Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszusahlen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten, sowie die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten zu veranlassen. Diese Anweisungen sind gesekwidrig. Die freie Eisenbahnfahrt ist durch Reichsgesetz vom 22. 6. ds. J. gegeben für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert. Die Auszahlung der Dezemverdiätenrate darf nicht anhängig gemacht werden von der Fiktion einer Reichstagsauflösung. Der Reichstag ist nicht aufgelöst und ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Gesekwidrigkeiten. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbureau mit Umgehung des Präsidenten Befehlen zugehen zu lassen. Ich habe dem Bureau verboten, der dorthin Verfügung nachzukommen. Fehrenbach, Reichspräsident. — Reichstagsbureau Berlin: Die Verfügung der Reichsregierung bezüglich der Diäten und der Reisefahrkarten ist, solange der Reichstag nicht aufgelöst ist, gesekwidrig. Die Regierung hat auch nicht das Recht, mit Umgehung des Präsidenten Befehle zugehen zu lassen. Ich habe gegen diese Gesekwidrigkeiten protestiert und ich verbiete Ihnen, den Anweisungen der Regierung nachzukommen. Fehrenbach, Reichspräsident.

#### Die Antwort der Reichsregierung.

Berlin, 3. Dez. Die Reichsregierung hat folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten Fehrenbach auf dessen Protest gerichtet: Ihre staatsrechtliche Auffassung ist unbegründet. Alle Zivil- und Militärbehörden



erkennen mit Recht an, daß die gesetzgebende Gewalt beim Rat der Volksbeauftragten ruht. Wir waren deshalb zu den von uns getroffenen Maßnahmen befugt und halten sie aufrecht. Ebert. Haase.

### Der bayerische Soldatenrat für baldige Einberufung der Nationalversammlung.

(W.B.) München, 4. Dezbr. Die Delegiertenversammlung des Landesoldatenrats schloß gestern ihre Beratungen. Es erfolgten die Wahlen von Delegierten für die Konferenz der Berliner Soldatenratstagung. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, wonach die Versammlung von der Regierung des Volksstaats Bayern erwartet, daß die provisorische Nationalversammlung innerhalb acht Tagen einberufen wird. — Wie die „M.-Augsb. Abdtg.“ erfährt, tritt das provisorische Parlament des Volksstaats Bayern am 9. Dezember zusammen. Das Bürgerturn werde in weitgehender Weise berücksichtigt werden. Es würden ihm nicht weniger, vielleicht sogar mehr Sitze zugewilligt werden, als dem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat.

### Fortführung der Rüstungsarbeiten im Interesse der Arbeiter.

Berlin, 3. Dez. Amtlich. Die Rücksicht auf den Friedensaufbau unserer Wirtschaft erfordert eine möglichst schnelle Einstellung der Rüstungsarbeiten. Da es aber in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitskräfte im vollen Umfange weiter zu beschäftigen, wenn die Rüstungsarbeiten plötzlich vollkommen eingestellt werden, noch bevor Friedensarbeiten ausführbar sind, so müssen die Heeresaufträge teilweise fortgesetzt werden. Solche Arbeiten werden ebenso wie die bereits ordnungsmäßig abgelieferten Gegenstände seitens der Heeresverwaltung bezahlt. Hierüber bestehende Zweifel haben zu Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen geführt, die besser vermieden worden wären.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Dezember 1918.

#### Die Wahlordnung zur Landesversammlung.

In seiner heutigen Nummer veröffentlicht der Staatsanzeiger die Wahlordnung für die verfassungsgebende württembergische Landesversammlung. Sie besteht aus 150 Abgeordneten des württembergischen Volkes. Diese werden in einem Wahlgang, für den das ganze Land einen einheitlichen Wahlbezirk bildet, im Wege der Verhältniswahl gewählt. Aufgabe der Landesversammlung ist, dem Land Württemberg eine neue Verfassung zu geben; die Uebernahme weiterer Aufgaben bleibt der Beschlussfassung der Landesversammlung vorbehalten. Wahlberechtigt sind alle Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts einschließlich der Militärpersonen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Sinne des bürgerlichen Rechts voll geschäftsfähig sind, sich im

Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Lande haben. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahr Deutsche sind. Die Wahlhandlung findet im ganzen Lande am Sonntag den 26. Januar 1919 in örtlichen Abstimmungsbezirken auf Grund von Wählerlisten und Wahlvorschlägen im Wege der unmittelbaren und geheimen Stimmabgabe statt. Für die Aufnahme heimkehrender Kriegsteilnehmer in die Wählerlisten werden vom Ministerium des Innern erleichternde Vorschriften erlassen. Die Wahlvorschläge müssen spätestens am Samstag den 11. Januar 1919 bis abends 6 Uhr beim Vorsitzenden der Landeswahlkommission eingereicht sein, die die gültigen Wahlvorschläge spätestens am Donnerstag den 16. Januar 1919 im Staatsanzeiger veröffentlicht. Die Abstimmung erfolgt ausschließlich mit amtlich gedruckten Stimmzetteln. Diese werden den Wählern rechtzeitig zugestellt. Jeder Stimmzettel trägt das Kennwort und, soweit der Wahlvorschlag nicht weniger Bewerber enthält, die ersten 15 Namen des Wahlvorschlags. Andere Stimmzettel sind ungültig. Jeder abstimmende Wähler hat sich für einen Wahlvorschlag zu entscheiden. Stimmzettel, die auf Bewerber von mehreren Wahlvorschlägen lauten, sind ungültig. Namen von Bewerbern, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, werden gestrichen. Streichungen an den Wahlvorschlägen werden nicht beachtet.

#### Arbeiterversammlungen in Calw.

Man schreibt uns: Der seinerzeit ergangenen Aufforderung an die hiesige Arbeiterschaft, sich zu organisieren, ist erfreulicherweise recht bald die Tat gefolgt. Am Sonntag nachm. fanden sich im „Bad. Hof“ die Holzarbeiter zusammen, welche nach einer ausführlichen Schilderung der Zwecke und Ziele des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes durch Sekretär Nußbaum-Pforzheim sofort eine ansehnliche Ortsgruppe bildeten. — Gestern abend fand eine Zusammenkunft der hiesigen Metallarbeiter in der Wirtschaft zum „Krapfen“ statt. Auch hier wurde nach eingehender Darlegung der Zwecke und Ziele der Organisation im Allgemeinen und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Besonderen durch Sekretär Strohecker-Pforzheim zur Bildung einer Ortsgruppe geschritten. In beiden Zusammenkünften forderte in der allgemeinen Aussprache der Vorsitzende des hies. Arbeiterrats, R. Störz, die eingetretene Gewerkschaftsmittglieder zu reger Tätigkeit innerhalb ihrer Organisation auf. Die große Mehrzahl der Arbeiter in den 2 Hauptbetrieben der obengenannten Berufe ist somit für die Organisation gewonnen. Auch in anderen Berufen macht sich die Stimmung für Organisierung bemerkbar.

Postverkehr nach den vom Feinde besetzten Gebieten.

Eisack-Vohringen und ein großer Teil der Pfalz ist für den Post-, Telegramm- und Telephonverkehr ganz gesperrt; mit dem linksrheinischen Gebiet ist kein Paketverkehr möglich.

Die „Schwäb. Tagwacht“ zur Abdankung des Königs.

(S.C.V.) Stuttgart, 2. Dez. Zur Abdankung des Königs schreibt die „Schwäb. Tagwacht“ u. a.: Der Thronverzicht des Königs bedeutet den formellen Abschluß der monarchischen Epoche in Württemberg. Tatsächlich war Württemberg mit dem 9. November schon eine Republik geworden. Wilhelm II. von Württemberg war nicht die impulsive Persönlichkeit, die mit ihren Meinungen alle Welt herausforderte und beunruhigte wie sein Freund in Berlin. Der König von Württemberg hat daher auch kein politisches Unheil angerichtet. Der einzige politische Fehler, der ihm anhaftete, war ein Geburtsfehler. Was ihm jetzt widerfährt, ist ein Berufsunfall, den er nicht vermeiden konnte. Der König ist kein Hemmnis des politischen Fortschritts im Lande gewesen, hat vielmehr bei verschiedenen Gelegenheiten Hinweise der freien Entwicklung hinwegräumen helfen. Die revolutionäre Bewegung richtete sich daher auch nicht im Geringsten gegen seine Person, sondern gegen das monarchische System, das unter Wilhelm II. von Hohenzollern Bankrott gemacht hat. Die persönliche Achtung, die der Person des Königs bisher im Volke entgegengebracht wurde, wird durch den Thronverzicht nicht gemindert. Man kann einem ehrenhaften alten Herrn die Wertschätzung, die man jedem anderen rechtlich denkenden Bürger zu teil werden läßt, nicht darum verweigern, weil er ohne sein Verschulden einmal König gewesen ist.

(S.C.V.) Stuttgart, 3. Dez. Eine Familie in der Nähe der Hohenheimer Straße hat vorige Woche die Summe von einer halben Million Mark auf der Bank abgehoben und in eigene Verwahrung genommen. Doch nicht lange währte die Freude am Besitz. Der hohe Betrag ist über Nacht verschwunden. Der Dieb kann mit dem Geld jedoch nichts anfangen, da es aus lauter nummerierten Wertpapieren besteht.

(S.C.V.) Eisingen (N. Göttingen), 3. Dez. Die Firma Zeller u. Smelin, Mineralölwerke, spendet jedem ihrer aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter für jeden im Felde zugebrachten Monat den Betrag von 100 Mk. Einzelne Arbeiter kommen dadurch in den Besitz eines Betrags bis zu 5000 Mark.

(S.C.V.) Dehringen, 3. Dez. Am letzten Freitag Abend veranstalteten Truppen eines durchmarschierenden österreichischen Infanterie-Regiments in einer Wirtschaft in Hebelbach eine kurze Tanzunterhaltung. Es kam zu Streitereien, wobei der Schulbige, ein Bizefeldwebel, unter Beteiligung von Ortsansässigen aus dem Lokal entfernt wurde. Er drang jedoch nach einigen Minuten in das Lokal wieder ein und feuerte mit seiner Mauserpistole auf zwei Bürger, die schwer verletzt zu Boden stürzten. Die Truppen entfernten sich Jagdsfeld zu, ohne daß der Schuldige ergriffen werden konnte, da seine Kameraden Partei für ihn ergriffen und sich der Festnahme unter Androhung von Waffengewalt widersetzen. Die Verletzten werden kaum mit dem Leben davonkommen.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

### Amtsgericht Calw.

Für das Geschäftsjahr 1919 ist als Sitzungstag für die ordentlichen Sitzungen des Schöffengerichts der Mittwoch,

für die ordentlichen Sitzungen in bürgerl. Rechtsstreitigkeiten der Freitag (im Bedarfsfall auch der Donnerstag) und als

Gerichtstag zur Entgegennahme von Anfragen, Anträgen und Gesuchen jeder Art der Samstag bestimmt.

Dringende Angelegenheiten können auch an anderen Wochentagen angebracht werden.

Ferner wird bekannt gemacht, daß das Amtsgericht, solange die Kohlenersatzverordnung des Arbeitsministeriums vom 26. November 1918 in Kraft ist,

von abends 4 1/2 Uhr an geschlossen ist.

Nach Kanzeischluß wende man sich, jedoch nur in besonders dringenden Fällen, an den Gerichtsdiener (Amtsgerichtsfängnis).

Den 3. Dezember 1918.

Oberamtsrichter Schwarz.

### Stadtgemeinde Calw.

Ein großer Teil der hiesigen Einwohnerschaft hat sich noch nicht mit der zustehenden Menge

## Kartoffeln

(3/4 Zentner pro Person) eingedeckt. Da die Stadtverwaltung nicht in der Lage ist, so viel Kartoffeln, als noch benötigt werden, einzulegen wird die Einwohnerschaft dringend ersucht,

bei der nächsten Kartoffelausgabe die noch fehlende Menge abzuholen.

Die Stadtverwaltung kann nur für die ärmere Bevölkerung und für solche Einwohner Kartoffeln einlegen, die erst vom Militär entlassen werden oder denen es an geeigneten Räumlichkeiten zur Aufbewahrung mangelt.

Calw, den 3. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Göhner.

## Bettmäßen

Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Versandhaus Wohlfahrt, München b 152, Isabellastr. 12.

## 3 Kühe

(worunter eine tragend), stehen meistbietend z. Verkauf. Besichtigung Metzgergasse 330 in Calw.

Angebote Donnerstag, 5. Dez. vorm. 9—11 Uhr abzugeben Marktplatz 42 I

Hirsau.



Eine Kuh mit dem 4. Kalb 26 Wochen trächtig hat zu verkaufen

Gottlieb Bolz, Fuhrmann.

Kaufe jedes Quantum

## Pferbedung

Georg Mayer, Handlungsgärtner Stuttgarterstr. 420.

## Realprogymnasium u. Realschule Calw.

Donnerstag, den 5. Dezember, vormittags 8 1/2 Uhr wird der

Unterricht in sämtlichen Klassen wieder aufgenommen.

Calw, den 3. Dezember 1918.

R. Rektorat: Dr. Knodel.

### Stadtschultheißenamt Calw.

Auf 4. Dezember 1918 findet wieder eine vierteljährliche

## Biehzählung

statt, welche in bisheriger Weise durch die Schutzmannschaft vorgenommen wird. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Esel, Maultiere, Maulesel, Rindvieh, Schafe, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner) und Kaninchen (Stallhasen).

Tierhalter, bei denen bis zum 6. ds. Mts. kein Zähler war, haben ihren Bestand dem Polizeiwachmeister anzumelden.

Im übrigen wird auf die oberamtl. Bekanntmachung vom 30. November 1918, Calw. Tagbl. Nr. 284, verwiesen.

Calw, den 3. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Göhner.

Eine junge Allgäuer

## Nutz-



hat zu verkaufen

Chr. Stürner, Calw.

### Allhengstett.

Unterzeichneter fest eine



mittleren Alters samt Kalb dem Verkauf aus

Jacob Nonnenmann.



## Verfügung des Arbeitsministeriums, btr. weitere Maßnahmen z. Kohlenersparnis.

Infolge der Rückbeförderung der Truppen ist die Rheinwasserstraße vom 24. November ds. Js. ab auf 14 Tage ganz gesperrt. Dadurch werden die Kohlenlieferungen nach Württemberg voraussichtl. auf 3 Wochen unterbrochen. Um einem völligen Mangel an Kohlen bei Gas- und Elektrizitätswerken, in den Fabriken usw. vorzubeugen, ordne ich deshalb als Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung mit Zustimmung der provisorischen Regierung folgende Maßnahmen zur Kohlenersparnis an:

- Die Arbeitszeit wird festgesetzt:
  - für Gewerbetreibende, die zum Betrieb aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Kohle zur Heizung brauchen, auf 9—2 Uhr bei Durcharbeit, 8—12 Uhr bei Schichtarbeit, 12<sup>1/2</sup>—4<sup>1/2</sup> Uhr bei Schichtarbeit.

Die Anordnung von Schichtarbeit bedarf der Zustimmung der Wirtschafts-Technischen Abteilung des Arbeitsministeriums.

Für Gewerbebetriebe, die zum Betrieb weder aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Beleuchtung noch Kohle zur Heizung brauchen, bleibt die Verfügung des Arbeitsministeriums über die Regelung der Arbeitszeit in Gewerbebetrieben vom 15. November 1918 (Staatsanzeiger Nr. 270) maßgebend.

- für Büros, Kanzleien, Schulen usw. 9—2 Uhr, bei öffentlichen Behörden im Bedarfsfall außerdem von 3<sup>1/2</sup>—6<sup>1/2</sup> Uhr.

Ausgenommen sind von

- Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, von a und b die Verkehrsanstalten und Sicherheitsbehörden.

- Ladengeschäfte dürfen offen gehalten werden in der Zeit von 9—4 Uhr. Das Personal darf nur innerhalb dieser Zeit beschäftigt werden.
- Die Polizeistunde wird für das ganze Land auf 9 Uhr abends festgesetzt; Theater- und Kinovorstellungen sind um 8 Uhr zu schließen. Letztere dürfen nicht vor 8 Uhr nachmittags beginnen.
- Die Straßenbeleuchtung ist spätestens um 10 Uhr abends einzustellen, wenn zur Erzeugung des dabei verwendeten Lichts Kohle verwendet wird.
- Der Straßenbahnbetrieb wird beschränkt auf die Zeit von 7 Uhr morgens bis spätestens 10 Uhr abends.
- Die Elektrizitätswerke sind angewiesen, den Notbetriebsplan bis auf weiteres einzuführen.

Der Eisenbahnfahrplan kann an die Arbeitszeitkürzung nicht sofort angepasst werden.

Ausnahmen von vorstehenden Einschränkungen kann das Arbeitsministerium anordnen. Anträge zu Ziff. 1 und 2 sind an das Landesamt für Arbeitsvermittlung, zu Ziff. 4, 5 und 6 an die Wirtschafts-Technische Abteilung des Arbeitsministeriums zu richten. Für Ausnahmen von der Polizeistunde gelten die bisherigen Vorschriften.

Auf den Lohnausfall infolge der Arbeitszeitverkürzung finden, soweit nicht Verabredungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden getroffen werden, die Vorschriften über Erwerbslosenfürsorge Anwendung.

Die Beschränkungen dieser Verfügung werden aufgehoben werden, sobald die Lage der Kohlenversorgung es gestattet.

Die Verfügung tritt sofort in Kraft.

Stuttgart, den 26. November 1918.

Lindemann.

Sämtliche von der Linienkommandantur W erlassenen Anordnungen betreffend das militärische Transportwesen auf den würt. Staatsbahnen sind im Einvernehmen mit dem Soldatenrat getroffen und unbedingt auszuführen.

Kein örtlicher Soldatenrat ist berechtigt, in Bezug auf die militärische Benützung der Eisenbahn, Anordnungen zu treffen oder auf andere Weise in den Bahnbetrieb einzugreifen.

Es werden daher alle militärischen Dienststellen und örtliche Soldatenräte angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß Eingriffe in den Dienstbetrieb der Militär-Eisenbahnbehörden, wie sie seitens örtlicher Soldatenräte schon vorgekommen sind, unbedingt im Interesse der ungehinderten Abwicklung der Bahntransporte unterbleiben, da dadurch unabsehbares Unheil angerichtet werden kann, selbst wenn die beste Absicht vorliegt.

Stuttgart, den 2. Dezember 1918.

Der Soldatenrat,  
S. A.: Linse.

S. A.: v. Stroebel.

## Die Arbeiter-Räte d. M.-Bezirks Calw

werden dringend um sofortige Angabe der Adresse ihres Vorsitzenden ersucht an den Calwer Arbeiter-Rat (Vorj. N. Störr, Nonnengasse).

## Augenarzt Dr. Weigelin

leitender Arzt der Charlottenheilstalt für Augenkranke, Stuttgart, Gartenstrasse 301

ist zurückgekehrt.

Konserv. geprüfte, junge Klavierlehrerin erteilt gründlichen Unterricht. Auch Theorie. Stunde 3 Mark. Schriftl. Anfragen unter B. K. an die Geschäftsst. d. Bl.

Bei Patienten sind meine Manschetten liegen geblieben. Bitte um Rückgabe.  
Dr. Mezger.

Zu verkaufen am Donnerstag, den 5. Dez. vormittags 10 Uhr gegen Vorzahlung:

1 Bettlade mit Koft und Nachttisch, 1 Sofa, 1 ovaler polierter Tisch, 1 runder pol. Tisch, 2 Stühle und ein einfacher Waschtisch.  
Frl. Dessler, Salzasse 62.

Nach Stuttgart zu 2 Kindern kinderliebend

## Fräulein gesucht.

Schriftl. Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Suche zum sofortigen Eintritt tüchtigen

## Biehfüterer

(eventl. leicht Kriegsbeschädigt) sowie ein fleißiges

## Mädchen

für Haus- und Landwirtschaft, bei hohem Lohn.

Gutspächter Kopp, Domäne Rügenhardt.

Suche auf 1. Jan. spätestens ein

## Mädchen

das schon gebient hat.

Frau D. A. Tierarzt Pfeiffer, Stuttgarterstraße.

## Laufmädchen

gesucht.

Wo sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

## Dienstboten gesuche

sind in unserem Blatte stets von Erfolg, da der grösste Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet. . . .

Suche sofort einen jüngeren

## Bierführer

E. Ratz, Bierniederlage.

## Bettmässen.

Alt u. Geschl. angeben Auskunft kostenlos durch Merkur Versand, G. Zwenz, München 6 a, Neureutherstr. 13.

Eine freundliche

## 2-Zimmerwohnung

mit Zubehör ist auf 1. Januar od. sofort zu vermieten.

Vorstadt 268.

Guterhaltener

## Kinderwagen

zu verkaufen.

Simmogheim Steig 107 I

Rötenbach, den 3. Dezember 1918.

## Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, treubeforgter Gatte, Vater, Schwiegerjohn, Schwager, Bruder und Onkel



## Jakob Unmacht,

Behrmann in einem Inf.-Regt., Inhaber mehrerer Auszeichnungen,

nach 50monatlicher Pflüchterfüllung im Felde am 3. Oktober im Alter von 37 Jahren fürs Vaterland gefallen ist.

Allen, welche ihm während seiner Dienstzeit Gutes erwiesen haben, sage ich noch herzlichsten Dank

die trauernde Gattin: Barbara Unmacht mit ihren 3 Kindern.

Der Trauergottesdienst findet am Sonntag, 8. Dezember, nachmittags 2 Uhr in Zavelstein statt.

Gehringen, den 2. Dezember 1918.

## Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber unvergesslicher Gatte, der treubeforgte Vater seines Kindes, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel



Reservist

## Fritz Heim,

im Alter von 29 Jahren nach 50monatlicher Dienstzeit infolge Gasvergiftung am 4. Oktober in amerikanischer Gefangenschaft gestorben ist.

In tiefem Beide:

die trauernde Gattin: Marie Heim, geb. Gehring, mit Kind;

der Vater: Georg Heim;

die Geschwister: Rudolf nebst Frau; Karl; Nane Dongus, geb. Heim, mit Gatten und Kinder; Familie Gehring.

Ugenbach, den 4. Dezember 1918.

## Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Heimgang unserer lieben Kinder



## Heinrich

und

## Maria

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, sowie für die zahlreich e Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen: Familie Johann Georg Pfrommer.